

Unterrichtung

Hannover, den 05.06.2019

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Resolution zum Erhalt des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese in Goslar

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/2193

Beschluss des Landtages vom 10.12.2018 - Drs. 18/2358 (nachfolgend abgedruckt)

Resolution zum Erhalt des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese in Goslar

Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 18.04.2018 zur Fortsetzung der Arbeit des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese (IWW). Das IWW leistet vor dem Hintergrund des Standortauswahlverfahrens einen unverzichtbaren Beitrag für die Auseinandersetzung mit der Historie der Endlagersuche.

Der Landtag fordert den Bund auf, das IWW in Goslar als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung zu erhalten und zu finanzieren. Er bittet die Landesregierung, diese Forderung zu unterstützen und den hierzu begonnenen Dialog mit dem Bundesumweltministerium fortzusetzen. Die Arbeit des Instituts ist mit der erforderlichen Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterzuführen.

Die zukünftige Arbeit des IWW ist über die Archivierung der Asse-Akten auszudehnen, um auch das verfügbare Aktenmaterial zu Schacht Konrad, Gorleben und Morsleben sowie zum Endlager-Suchprozess insgesamt zu erfassen, zu digitalisieren und der Öffentlichkeit transparent, dauerhaft und benutzerfreundlich zugänglich zu machen.

Antwort der Landesregierung vom 05.06.2019

Mit Schreiben vom 10.04.2019 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) dem Landkreis Wolfenbüttel mitgeteilt, dass vom BMU „dafür Sorge getragen wurde, dass der durch die Aufarbeitung gewonnene Kenntnisstand nicht nur erhalten bleibt, sondern dass darauf aufgebaut werden kann.“ Dieser Aufgabe habe sich die bundeseigene Gesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) als zuständige Betreiberin der Bundesendlager angenommen. Eine Kopie des Schreibens liegt dem MU vor.

Eine telefonische Nachfrage bei der BGE hat ergeben, dass inzwischen frühere Mitarbeiter des IWW-Goslar dort mit diesem Vorhaben beschäftigt sind.

Der ehemalige Institutsleiter des IWW-Goslar hatte im Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz bereits mitgeteilt, dass die Akten inklusive einer digitalen Kopie an das Niedersächsische Staatsarchiv zurückgesandt wurden. Darüber hinaus wurde ein abschließender Bericht angekündigt. Auf telefonische Rückfrage wurde zudem bestätigt, dass der Bericht des IWW-Goslar inzwischen fertiggestellt sei und sich in der Abstimmung mit dem Helmholtz Zentrum München befindet.

Die früheren Mitarbeiter des IWW-Goslar sind mit der Endredaktion befasst, sodass eine zeitnahe Übermittlung des Abschlussberichts an das Karlsruher Institut für Technologie (Projekträger) und das BMBF in Aussicht gestellt ist. Anschließend ist die Veröffentlichung des Berichts geplant.

Insbesondere die digitale Erfassung und inhaltliche Aufbereitung der historischen Aktenbestände der Schachanlage Asse II ist aus Sicht der Landesregierung ein wesentlicher Grundstein für die Dokumentation des weltweit einzigartigen Projekts zur Rückholung radioaktiver Abfälle nach einem gescheiterten Endlagervorhaben.

Die Landesregierung setzt sich weiterhin dafür ein, dass die bisherigen Arbeitsergebnisse des IWW-Goslar erhalten bleiben und in geeigneter Form weiterentwickelt werden.

(Verteilt am 07.06.2019)